

Erziehung
 ...
Abonnementpreise
 monatlich 1.00 Mk.
 vierteljährlich 3.00 Mk.
 halbjährlich 6.00 Mk.
 jährlich 12.00 Mk.
 ...
Die Neue Welt
 (Unterhaltungsbeilage)
 ...
 ...
 ...

Sozialist

Interessengruppe
 ...
Interesse
 ...
 ...

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Baumburg-Weißfels-Reiz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
 und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43.

Redaktion: Harz 42/43.

Vom Wahlrechtskampf.

Die eroberte Straße.

Unsere österreichischen Brüder haben sich vor Jahren in ihrem großen und siegreichen Wahlrechtskampf mit großer Ausdauer auch vorerst das Recht auf die Straße erobert. Kein Volkergewalt durch den brutalen Polizeisabel hat sie gehindert, immer wieder die Massen auf der Straße zu führen, bis die Polizei geteert hat, heftige Demonstrationen ohne Polizeigewalt und Blutausfluß zu ertragen. Und durch die Straßendemonstrationen, durch den Druck der Straße ist es den österreichischen Arbeiterklasse vornehmlich gelungen, das gleiche Recht zu erringen, zumal hinter der Massen demonstration der unerlöschliche Wille zum Kampfe freilich stand.

Unser österreichisches Vorkämpfer, die Wiener Arbeiterzeitung macht nun über die preussische "eroberte Straße" folgende Ausführungen, die wir mit Genugtuung wiedergeben. Sie lauten:

Das arbeitende Volk Preussens ist aufgestanden und greift mit mächtigem Arme in den Gang der Geschichte. Die Demonstrationen des Sonntags, die folgenden dieser Woche beweisen daß der Auspruch der Redner des Freitagstages, nicht zum Wahn sei jetzt noch Zeit, jetzt müßten Taten geschehen, zur Wahrheit wird. Und die Tat wirkt hier wie überall dummer.

Was erben kann, da sie die Straße betreten, haben die preussischen Arbeiter auch das verfassungsmäßige Recht auf die Straße erobert. Zum Teil, in einzelnen Städten, nach blutigem Kampfe; aber das sind nur Rückschläge der Träger der Ordnung. Der hauernde Säbel des Polizeisabel, das gefällige Monopoli der Militärbehörden werden in Preussen so wenig wie anderswo den Massen des Proletariats aushalten, über dem siegreich einfallt das rote Wahlschilder. Es ist freilich ein Kampf auf der erhabenen und weithin sichtbaren Höhe eines weltlichen Großstadtes, schon durch die Schärfe der Kontraste und durch die Größe der freistehenden Plätze von historischer Würde. Denn der preussische Staat stellt die vollkommenste Konzentration von Macht dar, wieviel in allen seinen Gliedern; Ordnung, Strenge, Schlachtartigkeit sind hier durch eine Reihe leuchtender Siege gefestigte Tradition. Demagogie findet es jetzt in den preussischen Städten nicht anders als einst in Oesterreich oder in Belgien während des Wahlrechtskampfes. Gerade die friedlichen Formen der Wahlrechtskämpfe des Proletariats in Massenemonstrationen sind unüberwindlich und den Massen des bis zu den Zähnen demerzten Staates unerschütterlich. Er kann zur Gewalt seine Justiz nicht nehmen, ohne in die Unbill auf sich zu laden, ohne der Bewegung, die er bekämpfen will, im Gefühl des belebten und niedergetretenen Volkes neue Kräfte zu leihen, neuen Zulauf der Massen, entflammender Begeisterung und wild auflockender Empörung. Und während er Verbrechen begeht und das sittliche Empfinden gegen sich wachruft, vermag er sein Unterdrückungswort nicht zu vollbringen. Durch die Massen, die in Halle, in Remmünster, in Frankfurt erschienen sind, wird der großartige Beizart der Kundgebungen in den übrigen Städten nicht berührt, wohl aber im Proletariat jene gereizte Kampfmotiv erzeugt, die über alle unüberwindlichen Schwierigkeiten eines langdauernden Kampfes hinweg, die Kraft der Beharrlichkeit der Errungenschaft stets von neuem entzündet.

Darin liegt die politische Bedeutung der Vorgänge von Halle, Remmünster und Frankfurt, die in ihrer großen Resultat das Gefühl erzeugen. Nicht die Stärke Preussens und seine Weisheit gegen den inneren Feind" erweisen sich — der österreichische Staat hat in Augenblicken seiner tiefen Zerrüttung und Schwäche dem Proletariat noch blutigere Gefährde geliefert —, sondern die Unfähigkeit der Behörden, ihre Unvorsichtigkeit gegenüber dem Neuen, ihr Unvermögen bei dem Anbruch einer großen Bewegung, den Verwaltungsapparat sicher zu handhaben. Und diese Beweise liegen nicht vereinzelt da. Der Polizeipräsident von Berlin, der am Vorabend der Demonstration die Bevölkerung ausgezogen und plump ansetzt, während der Kundgebung selbst aber seine Mannen an falscher Stelle zusammenzieht und die geliebte Ruhe und Ordnung" darum verliert, weil er den Verbleiben freien Raum zur Entfaltung in den übrigen Stadtteilen gewährt, bietet das seltsame Zeugnis für den tragischen Ereignissen in Remmünster, die übrigens in ihrem ganzen Verlauf gleichfalls noch mehr von rationaler Ungeheuerlichkeit als von bester und bedenkenloser Unmenslichkeit verraten. Auch die unergiebliche Bureaucratie des preussischen Ministerpräsidenten Loch mit Wasser, man braucht nur ein wenig zurückzudenken: Der Gang der Dinge in Remmünster wie der in Berlin müht fast österreichisch an. Die preussische Bureaucratie kann freilich das Maß ihrer Torheit und Absolutheit noch höher anheben. Sie kann den Rat der Arbeiterbewegung ablehnen, sie kann die Führer der Straßendemonstrationen vor Gericht stellen, damit sie ein Urteil erlassen so geschmackvoll, als in erster Linie Strafen zu leisten bekommen, die auf öffentliche Aufregungen und aufrührerische Handlungen gesetzt sind". In Berlin wurden nebenbei von 200 000 Demonstrierenden

drei "sittlich", so aufdröcklich und rufend verließen die Kundgebungen, wo sie von der Polizei in Ruhe gelassen würden. Über teils darum — der Versuch, die Volksherrschaft der Hundstunde, wie sie schon nun auf den Straßen sichtbar worden, unwirksam zu machen durch sinnlose, zum Nihilismus verurteilte Bemühungen des Staatsanwalts könnte den Eindruck der Blamage und der Ohnmacht nur noch verstärken.

Man darf eines nicht übersehen. Der preussische Staat ist zwar die gewaltigste Machtorganisation und rücksichtslos in der Handhabung seiner Mittel; aber auch die preussische Sozialdemokratie verfügt über eine ganz unergiebliche Massenorganisation und es sind viele Umstände, die ihre Bewegung begünstigen. Was in Preussen geschieht, hat eine unaussprechliche Wechselbeziehung zu den Vorgängen im Reich. Doch nun aber im Reich alle Parteien unter der Fucht des allgemeinen und gleichen Wahlrechts stehen, kann auch im Landtage nicht ohne Wirkung bleiben. Darum haben sich denn auch Preußen und Zentrum in der Kommission für das gleiche Wahlrecht erklärt, und alle, mit der einzigen Ausnahme der Konservativen und ihres Anhangs, für die geheime Abstimmung. Was mehr: Die Sozialdemokratie ist im Wahlrechtskampf im gewissen Sinne die Vertreterin von Empfindungen und Wünschen auch breiter bürgerlicher Schichten. Doch die Junter in Preussen und dadurch im Reich eine Wackelstütze einnehmen, die in keinem Verhältnis zu dem sozialen Gewicht, ist ein Gefühl, das nahezu alle beherrscht und in dem allgemeinen Leberdruck an den preussischen Zuständen seinen Ausdruck findet. Sogar im gemäßigten Liberalismus will man zwar kein völlig gleiches Wahlrecht, aber doch eine viel eingeschränkte Reform, und die linksliberale Presse begleitet die Wahlrechtsbewegung mit so sympathischen Kommentaren, wie sie in Oesterreich nirgend laut wurden. (Unter linksliberal kann hier nicht freisinnige Presse spelt Gift und Galle gegen die Straßendemonstrationen; nur die demokratische Presse, Berliner Tageblatt, Frankfurter Zeitung usw. sind anständig. Neb. Volksblatt.)

Endlich aber kann dieser Kampf gar nicht erfolglos bleiben. Denn der preussische Arbeiter besitzt ja die vollen politischen Rechte als deutscher Staatsbürger, und die Vorgänge in Preussen werden bei den Reichstagswahlen eine Niederwirkung auslösen, die, möchte selbst bis dahin die Fähigkeit der preussischen Konservativen hindhalten, auch für die preussische Wahlrechtsfrage entscheidend werden muß, aber weit über diese hinaus für die größten Reichsprobleme der inneren Politik Deutschlands überhaupt.

Die Arbeit der Kommission.

Was jetzt in der Reichstagen Kommission des preussischen Dreiklassenwahlrechts geschieht, ist der über das Schicksal der schändlichen Vorlage Weismann Döllwage beraten wird, steht im stärksten Widerspruch zum allgemeinen Volksempfinden, das die Verdrängung des Regierungsentwurfs sofort und unter allen Umständen fordert. Beifällig und belohnend wirken die Massenversammlung, die dort an einem betreffenden Reichstag gemacht werden, und nur mit erregtem Aufstand wird die Vorlage, die Vorlage eines einzigen "Berberweises" werden, als Wahlreform passieren zu lassen. Jeder Freund einer wirklichen Wahlreform muß wünschen und haben dürfen, daß aus diese Möglichkeit erspart bleibt, und daß die Regierungsvorlage zum Schluß in den Reichstag wandert, gleichgültig was immer an Verschönerungen ihr angehängt und aufgeschraubt worden ist.

Auf den Freisinn wird man sich dabei ausnahmsweise vielleicht doch verlassen dürfen, denn die Annahme des wie immer abgeänderten Regierungsentwurfs würde er nur seinem Anhang kaum oceanantworten können. Denn Zentrum wird es vielleicht sogar ein Vergnügen machen, wenn das Ganze eintritt, denn es hat dann das Gefühl gewahrt und behält ein wenig das unwandelbare Dreiklassenwahlrecht, unter dem es sich bisher ganz ausgezeichnet behauptet, doch höchst verächtlich über der Eiter der Nationalliberalen. Diese scheinen es sich in den Kopf zu setzen zu haben, daß auf der Grundlage des Weismann-Entwurfs etwas zustande kommen" muß, und sei es auch etwas noch Schlimmeres als das bestehende Dreiklassenwahlrecht.

Zu diesem Zweck haben die Nationalliberalen den Antrag eingebracht, die Berechnung und Einteilung der Wählerklassen, die sogenannte "Drittstellung" nicht, wie es die Regierungsvorlage vorschlägt, nach Stimmbezirken, sondern nach ganzen Gemeinden vorzunehmen. Diese Art der Drittstellung, von der irrtümlich behauptet worden mag, sie sei in der Regierungsvorlage schon enthalten, würde allgemeinere Berücksichtigung des bestehenden Zustandes und als eine neue Entschärfung der Arbeiter zurückzuführen. Trotzdem nun die Vertreter des Freisinn und der Sozialdemokratie in der Kommission erklärten, die Beibehaltung der Bezirkseinteilung bedeute die Beibehaltung sämtlicher Sozialdemokraten

aus dem Hause. Neben die Nationalliberalen es sich nicht nehmen, einen Antrag zu stellen, wonach die Bezirkseinteilung durch die Gemeindegliederung ersetzt werden soll. Für diesen Antrag sind auch bereits die Konservativen eingetreten, während die Konservativen und ihr treuer Affe, die Regierung sich ihre Stellungnahme vorbehalten. Das heißt also: die Nationalliberalen bringen den Konservativen eine neue reaktionäre Verschärfung des Dreiklassenwahlrechts auf silberner Platte entgegen. Die Konservativen gehen sich einverstanden und spielen die Schlichterinnen. Aber lange kann dieses amüßige Spiel nicht dauern, und man wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach einigen. Hier das geheime Wahlrecht, hier die Gemeindegliederung! Hier die Köpfe der sozialdemokratischen Abgeordneten, hier die Junge, das preussische Beamten nicht mehr gemäßigter werden sollen, wenn sie national liberal wählen! Ein Schacher, ein Wackelstütze! Die Nationalliberalen handeln damit in ihrer Art konsequent. Nachdem sie die Annahme des Reichstagswahlrechts in der Kommission durch ihre Stimmen verbindet, sich also praktisch zum Dreiklassenwahlrecht bekennt haben, arbeiten sie jetzt daran, dieses volkstümliche System zu stützen und zu festigen, um dabei möglichst ein kleines Profitieren für das eigene enge Parteinteresse herauszuschlagen. Obgleich die Dienste, die sie dem Zentrum durch ihr gegenwärtiges Verhalten leisten, einfach unzahlbar sind, werden sie mit Vergnügen aufziehen sein.

Die Nationalliberalen, scheinen noch immer nicht begreifen zu haben, in welchen schmerzlichen Gegenstand sie sich durch ihr unehrliches Verhalten zur Masse des Volkes gestellt haben. Sie scheinen zu verstehen, daß die Arbeit der Kommission, die sie zum Demoralisieren ihrer Mitbürger bemühen, sich nicht mehr wie sonst in der Dunkelheit am Volkstisch, und daß die Stirne des Volkes für alles geklärt sind, was nach Betrag und Wert ausseht. Die Nationalliberalen gehen einen gefährlichen Weg!

Aus den weiteren Verhandlungen ist noch zu berichten, daß die bürgerlichen Parteien eine Anzahl Vorschläge zur Revivierung der Beamten und sonstigen Personen machten, da jede Partei gerade ihre Anhänger schätzten aus der dritten Klasse herausgehoben werden möchte. Alle Anträge wurden aber abgelehnt. Ebenso wurde beim Reichstagswahlrecht, die gesamten Offiziere, und so weiter, aus der dritten Klasse herausgehoben zu werden abgelehnt, und zwar einstimmig. So bringt sich der Wahlstimm selber um.

Die Erziehung zur Polizeibrutalität.

Das Hamburger Echo schreibt:

Junge Burden aus der Klasse oder anderen durch negative Kultur ausgezeichneten Gegenben kommen, mitunter nach Passieren der Unteroffizierschule, in die Kasernen. Ihnen, die in der Regel nichts Gutes, als das heimliche Dorn oder den Guschloß, auf dem ihre Eltern tronen, behagt die regelmäßige Kasernenunterkunft, und wenn sie auch schon einen Gehirne, geplagt werden, so tröstet sie der Gehirne oder einen Gehirne, daß sie nach zwei oder drei Jahren die Unbill, die sie wehrlos erdulden müssen, an anderen Wehrlosen rächen können; so werden sie Unteroffiziere, und reichlich rächen" sie sich für die eigene Unterwerfung. Zu ihnen gesellen sich gewisse Elemente aus den Städten, Leute, die mit einem bürgerlichen Beruf verknüpften Arbeit aus dem Wege gehen. Unterwürfig gegen die Vorgesetzten, sind sie oft genug die Teufel der Untergebenen. Nach sechs, neun oder zwölf Jahren ist das Ziel erreicht; ohne etwas von der bürgerlichen Welt zu kennen, gehen diese Leute mit dem Zivilvorkampfbuch in eine staatliche oder kommunale Stellung — mit Vorliebe als "Schwammänner", denn als solche können sie den Vorliebe als Schibel weiter tragen und das Publikum hüben, wie sie ihre Rechte ausüben haben, der Gehirne oder einen Gehirne wird erregt, jene Kasernatur des militärischen Putzes, die ein prägnantes preussisches Kennzeichen ist. Mit einer vielfach weit unter dem Durchschnitt liegenden Intelligenz, die außerdem noch nach falscher Richtung entwickelt wird, mit dem Selbstbewußtsein eines "Stellvertreter Gottes" durchdringt, mit einer gehörigen Dosis Unvollständigkeit ausgerüstet und obenrein zur Verachtung des Zivilmenschen in die "Ordnung" beständigen zu können. Das Resultat sind — abgehauene Hände und ahnungslos.

Abneigen: so niedrig wie die Kultur eines guten Teiles der Polizeimannschaften und Vorgesetzten einschätzen, so sehr wird gereizt und ihnen mangelnde Kenntnis und rangelndes Bewußtsein als mitdernde Umstände angenommen, das unerschöpfliche Material der herbeiwies sich auf eine friedliche Menge stützenden Polizisten hat keine Entschärfung. Und hätten wir einen Reichsstaat, der Polizeikommissioner von Remmünster, der seit langem bekannte Outsmann, samt seinen gleichwertigen Untergebenen, würde auch lange Zeit hinaus von der Möglichkeit, wieder ein Stück

guleiten, wird Folge gegeben werden. Ob sie einen Erfolg haben wird, ist dem Staatssekretär anheim. Er erklärte, daß er gern bereit sei, die Schuldigen zu hängen, wenn er einen Schuldigen hätte.

Aus dem Protokoll wurde dem Staatssekretär nachgefragt, daß im vergangenen Jahre ein Vertreter des Reichsmarineamts in der Budgetkommission ausgesendet habe, daß die Untersuchungen mindestens eine Million Mark betragen. Es müssen also, selbst nach Ansicht der Marineverwaltung, Schuldige vorhanden sein. Genosse Seering ergänzte seine gestrige Rede durch neue Mitteilungen über unerfährliche Missionen auf den Werften. Auf die bei der Werft in Danzig wegen der besetzten Wertgegenstände in Aufsicht gestellte Untersuchung ging der Staatssekretär mit keinem Wort ein, obgleich Genosse Seering mitgeteilt hatte, daß in der besetzten Werft über Patronenbüchsen im Werte von je fünf- undzwanzig Mark betrauscht worden seien.

Im Laufe der Weiterberatung über den Marinestat kam zur Sprache, daß der Staatssekretär aus Anlaß der Seering'schen Entbillungen über die auf der Danziger Werft ins Wasser versenkten Wertgegenstände einen Erlibrief an den für diese Zwecke verantwortlichen Werftdirektor geschickt und ihn somit zum Richter in eigener Sache gemacht habe, und ihn sofort einen Beamten zur Untersuchung nach dort zu beordern. Das deutsche System!

Die Wahlprüfungscommission des Reichstags erklärte Donnerstag die Wahl des Hg. Meyer (Zentrum), Wahlkreis Packerhöfen (Wagner), für ungültig. Entschieden war, daß Stimmzettel in einem Wahllokal ausgelegt haben, so daß der Wahlakt laffert werden mußte.

Dann wurde die Wahl Volk (natl.), Saarbrücken, nachgeprüft. Die Kommission beschloß nach längerer Beratung mit 7 gegen 6 Stimmen, daß die Vereinfachung durch den Vermögensfreud in Saarbrücken als eine amtliche Vereinfachung aufzufassen sei. Ferner wurde amtliche Vereinfachung angenommen, weil der Eisenbahndirektor in Saarbrücken eine Rede an die Wähler zugunsten des Kandidaten Volk gehalten hat. Im Hinblick hatte der Bürgermeister nach Abschluß der Wahlliste diese Liste korrigiert, nach der korrigierten Liste eine neue aufstellen und nach dieser Liste die Wahl vollziehen lassen. Infolgedessen beschloß die Kommission, den Wahlakt zu laffern. Die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl wurde ausgesetzt, bis die Referenten die Berechnung beendet haben.

Wahltag in Finnland.

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Finnland haben die Befürchtungen der Sozialisten glänzend widerlegt. Die Sozialdemokratie hat nicht nur ihre 84 Mandate behauptet, sondern noch zwei neue gewonnen und besitzt, da die Zahl der Abgeordneten sich auf 200 beläuft, fast die Hälfte aller Sitze in der Volksvertretung. Daß dies keine Zufallserscheinung ist, sondern mit der seit begründeten Stellung der Sozialdemokratie im Lande im engen Zusammenhang steht, zeigt die ständig zunehmende Zahl der Mandate, die sich die Sozialdemokratie in den sich infolge der Landtagsauflösungen alljährlich wiederholenden Wahlen gewann. Bei den ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlgesetzes im Jahre 1906 eroberte die Sozialdemokratie im ersten Ansturm 80 Mandate, die Wahlen des Jahres 1908 ergaben 83, des Jahres 1909 — 84 und die diesjährigen Wahlen — 88 Mandate. Das Proportional Wahlsystem, das Finnland besitzt, ermöglicht es eben, daß das unaufrichtige Anstreben der sozialistischen Parteien im Lande in der Zusammenlegung der Volksvertretung wahrheitsgetreu zum Ausdruck gelangt. Waren die Wahlen auf Grund der einfachen Majoritätswahl vor sich gegangen, so hätte das Proletariat fast alle Sitze im Landtag erobert, ein Zeichen, daß die bürgerlichen Parteien im finnischen Landtag ihre Ersitzen eines Wahlsystems verstanden, das die bürgerlichen Parteien in fast allen westeuropäischen Staaten auf das wüthendste bekämpfen, weil sie dadurch eine Verklärung der Sozialdemokratie befürchten.

Der Sieg der Sozialdemokratie gewinnt dadurch noch eine größere Bedeutung, daß die Sozialdemokratie — die Altklassen — diesmal weitere sechs Sitze verloren haben. In drei Jahren ist diese rüdtatlose Regierungspartei von 69 auf 42 Mandate heruntergekommen! Außerdem haben die christlichen Arbeiter, die im vorigen Landtag zwei Vertreter besaßen, einen Sitz eingebüßt, ein Zeichen, daß für die konfessionelle Ver-

teilung der Arbeiter in Finnland kein Raum ist. Neben der Sozialdemokratie hat der Bund der Kleinbauern drei, und die Schwedische Volkspartei einen Sitz gewonnen. Im großen und ganzen bedeutet die Wahlen eine beachtliche Abnahme der finnischen Wähler ist nicht gewillt, den Unterdrückungsplänen der russischen Expansionspolitiker Konzeptionen zu machen, und drückt durch ihr Votum den unabweislichen Willen aus, ihre verfassungsmäßigen Rechte mit derselben Energie wie bisher zu verteidigen.

In Anbetracht der politischen Lage ist es wenig wahrscheinlich, daß das finnische Proletariat von der vierten Volksvertretung wichtige innere Reformarbeit erwarten könnte, da einschneidende demokratische Reformen durch das Veto des Zaren unmöglich gemacht werden.

Grundlegende politische Fragen müssen diesmal zur Entscheidung kommen. Die Zahlung der Militärkontribution ist nicht schon gleich zur Veranlassung der Volksvertretung beabsichtigt. Die Sozialdemokratie muß hier alles aufbieten, um die bürgerlichen Parteien anzuketten, an den Rechten des Volkes festzuhalten. Neben der Geldfrage ist die Frage der Dienstpflicht finnischer Rekruten in Ausland von größter Tragweite. Diese Genalmsfrage beantwortete das finnische Volk noch vor einigen Jahren durch einen allgemeinen Widerstand, bis die Verfügung endlich aufgehoben wurde. Jetzt wollen die russischen Expansionspolitiker wieder mit derselben Revolution hervortreten.

Es sind im großen und ganzen schwere Aufgaben, die vor unseren Genossen im neuen Landtag entstehen. Der Kampf gilt nicht nur den Petersburger Wächtern, die die letzte reelle Entscheidung des finnischen Volkes aufhalten und die Welt an die Wurzeln seiner Existenz legen wollen, sondern auch den Einseitig-Interessierten-Politikern im eigenen Lande und den bürgerlichen Schlarwadern, die insofern die russische Okkupation herbeiführen. Wäre die Unterstützung der russischen Arbeiterklasse, die Sympathie der gesamten sozialistischen Internationale unsere finnischen Genossen zur zähen Ausdauer im Kampfe gegen den Bolschewismus ermutigen.

Deutsches Reich.

— Fort mit der ersten Kammer! Donnerstag fanden im sächsischen Landtage die Anträge auf Reform resp. Abschaffung der ersten Kammer von Seiten der Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialdemokraten zur Beratung. Unser Antrag auf Abschaffung der ersten Kammer wurde von den Genossen Pfeiffer und Riem vertreten. Der Minister v. Gschäft gab nur eine kurze Erklärung der Regierung ab, daß er aus den Anträgen der Nationalliberalen und Freisinnigen nicht recht entnehmen könne, wie weit ihre Anträge gingen, und daß er sich natürlich strikte ablehnen gegen den sozialdemokratischen Antrag verhalte. Die Neupositionen des Regierungsvorstandes waren wenig ermutigend für die Nationalliberalen, und Langhammer brachte das in ziemlich scharfer Weise zum Ausdruck. Die Konventionen sprachen sich ebenfalls wenig ermutigend für den nationalliberalen Antrag aus. Schließlich wurden die ganzen Anträge, sowohl der nationalliberalen wie auch der sozialdemokratischen und freisinnigen, der Verfassungscommission überreicht.

— Staatskretzung mit der Reichs. Während der letzten Landtagswahl hatte der Polizeidirektor Hebe von Widenau bei Bruchsal zwei sozialdemokratische Wähler, die an die Häuser Petzel angeheft haben, in Zivilkleidung überfallen und mit der Peitsche durchgehauen. Das Schöffengericht in Bruchsal verurteilte diesen Polizeibeamten zu — 30 Mk. Geldstrafe und zur Auflösung einer Entschädigung von 10 Mk. an einen der Geschädigten.

Säcken umgekehrt die Genossen den Polizeisten überfallen, so wären sie mindestens für zwei Jahre ins Gefängnis gekommen.

England.

Die Arbeiterfraktion des Unterhauses hat beschlossen, folgende sieben Anträge zu stellen: 1. Auf daß zum Gewerkschaftsgesetz beifolgt Anerkennung der Zulässigkeit der Erhebung von Beiträgen zur Erhaltung von Parlamentsabgeordneten. — 2. Gesetz zum Gunsten arbeitsloser Arbeiter. — 3. Einführung der 48 Stunden wöchentlichen Arbeitszeit für alle Arbeiter. — 4. Verpflichtung der Gemeinden zur Speisung bedürftiger Schulle-

inder. — 5. Verstaatlichung der Eisenbahnen. — 6. Verbot der Verbreitung freilebender Arbeiter und Arbeitslosen. — 7. Obligatorische Versicherung gegen Wiegung des Arbeitsprodukts in mehreren Industrien. —

Griechenland.

Die kritische Lage.

Konstantinopel, 17. Februar. Ueber die Athener Vorgänge gehen hier die abenteuerlichsten Gerüchte um. Man behauptet, daß sich die Flotte empört habe und nach Areta auslaufen wolle. Die Militärflotte wird wahrscheinlich dem Ansturm der Marine weichen müssen, die die Auflösung der Liga verlangt. Die Führer der Liga aber fürchten, durch Heberführung der Auflösung alle bisherigen Erzeugnisse und die ganze Zukunft von Geldes preisgeben.

Konstantinopel, 17. Februar. Nach Derselben, die den höchsten Minister des Auswärtigen gegangen sind, hat die Militärflotte der athenischen Presse ein Ultimatum ange stellt, mit der Aufforderung ihre Sprache zu mäßigen. Die Zeitungen protestieren dadurch, daß sie ihre Erscheinen einstellen. Die Offiziere der Marine wie die Marine überhaupt zeigen die Tendenz, die Journalisten zu verteidigen. Die Lage in Athen gilt neuerdings als sehr ernst.

Amerika.

Sklaverei auf amerikanischen Plantagen.

Grauenhafte Zustände sind auf einer Anzahl Baumwollplantagen im Staate Texas festgestellt worden. Ein junger Mann erhob Klage, daß er bei einem Aufenthalt in Texas ohne jeden Grund verhaftet, auf eine Plantage geschickt und von da mit nach sechs Monaten, als er nicht mehr zu arbeiten imstande war, entlassen worden sei. Die Untersuchung ergab die entsetzlichen Mißstände. Die Pfleger in Burlington County und benachbarten Bezirken haben planmäßig massenhaft Arbeiter, Weiße und Negler (im vergangenen Jahre 1500 bis 2000) in „Peonage“, d. h. Sklaverei, gehalten. Die Leute mußten ohne Lohn übermäßige Arbeit verrichten, wurden grausam angetrieben und, Männer und Frauen gemeinsam, in Schuppen gesperrt. Den furchtbaren Verletzungen — zu eil Leuten wurden die Augen ausgegründet — sind eine Reihe der Unglücklichen erlegen. Das Strafrecht ist, daß die örtlichen Behörden die Klavierlieferung besorgen. Für den Kopf wurden ihnen 20 Dollar bezahlt. So griffen sie alle fremden Arbeiter auf und lieferten sie ein — und was sind diese Sklavhalter und ihre Zutreiber dabei nicht für fromme, christliche Leute!

Aus der Partei.

Verberbeit für die Partei.

Die Einberufung des Volkes über die Polizeibatalistien muß planmäßig zur Aufführung benutzt werden über das ganze preußische Gewerkschaftsgebiet. Die Parteigenossen des Wahlkreises Bochum organisieren diese Verberbeit systematisch. Jeweils Vorbereitung für diese Arbeit finden am Sonntag, den 20. Februar, im Wahlkreise Bochum 46 Versammlungen statt, zu denen die Mitglieder der Partei wie die der Gewerkschaften bringen eingeladen werden. In den Versammlungen wird ein Referat über die Bedeutung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und der Arbeiterpresse gehalten. Im Anschluß daran wird über die zu unternehmende Agitation diskutiert und beschlossen werden.

Offentlich findet das Beispiel in anderen Wahlkreisen Nachahmung!

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht und Kartennachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliche, Penellen und Vermischtes Karl Bod, für Solales Otto Niebuhr, für Provinzielles und Berammlungsberichte Gottl. Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Sprechstunde der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Zur Konfirmation

empfehlen
für Mädchen:
Schnür- u. Knopfstiefel
anerkannt vorzüglich Qualitäten und Maßformen
in den Preislagen
5 20 6 20 6 75 7 50 10 50 12 50
4 50 5 50 6 50 7 50 8 50 10 50 12 50

empfehlen
für Knaben:
Schnür- und Zugstiefel
Ia. Material — neueste Fassons
in den Preislagen
4 50 5 50 6 50 7 50 8 50 10 50 12 50

Serner: **Condor-Patent** D. R. P. 174 209
Schnürstiefel — ohne zu schnüren — 10 50 13 50 16 50

Conrad Tack & Cie.

Verkaufshaus
Halle a. S. **nur Schmeerstr. 1.**



Formul 240



Formul 240

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 42

Halle a. S., Sonnabend den 19. Februar 1910

12. Jahrg.

Die Polizeischmach vor dem Volksgericht.

Eine solche Kundendemonstration des Volkes wie gestern hat Halle noch nicht gesehen. In beiden Enden eilten von 6 Uhr ab die Arbeiterbataillone dem Volkspark zu, um wichtigen Protest einzulegen gegen die Polizeischmach vor dem Sonntag. Schon halb nach 7 Uhr war der obere Saal nebst Galerien und Wägen dicht gefüllt. Tische waren von vorn herein nicht gestellt worden, um Platz zu schaffen. Dann gingen in die unteren Räume, den großen Restaurationsaal, den linken Saal. Als auch diese bereits überfüllt waren, strömten noch immer Tausende hinzu. Wer nach 1/28 Uhr kam, erhielt kein Plätzchen mehr. Die Kolonnen an den Gängen, den Gängen selbst, der freie Platz nach der Seitenstraße, alles war mit einem Menschenmeer besetzt, die Hände erhoben wollten von der Unübersichtlichkeit ihres Stuhls in der Erregung gleiches Rechte. Viele viele Hunderte auch lehrten wieder um, die nicht brauchen in der abendlichen Stille auszurufen konnten.

Die Parteiliste hatte eine große Zahl Ordner gestellt, die an weißen Binden kenntlich waren. Ihre Anordnung folgte jeder Millig, so daß die ungeheure Massenaktion in vollster Ruhe und Ordnung vor sich ging. Man muß sagen, daß die Haltung der Tausende geradezu musterhaft war. Die Zahl der Demonstranten gegen Polizeischmach und Saboteurgenie ist sicher nicht überschätzt, wenn gelogt wird, daß über 1000 Demonstranten gewesen sind! Behauptungen, daß die Demonstranten im einmütigen Kampfschrei gegen die Polizeischmach trotz der von der Loge geschickten Will man diese Sprache des Volkes verstehen?

Es scheint, als hätte man sie verstanden, als hätte man vorwärts gewinkt, von der importierten Wucht dieser Massenentfaltung proletarischen Kampfschreies. Die Polizei verhielt sich nämlich vollkommen passiv. In jeder der beiden angemessenen Versammlungen waren zwei Beamte zur Überwachung erschienen, sonst nicht einer. Und siehe da, es ging auch für die geringe Polizeischmach gefahrlos. In praxi vollste Ruhe, wie sie gekommen und beweielt, zogen die Massen wieder von dannen, als ein donnerndes Echo auf das Wahrsprechen war. Was werden die Bürgerlichen gelernt haben, die in einiger Zahl ebenfalls den Weg nach dem Volkspark gefunden hatten? Wie sich vor ihnen auch noch die blinde Wut von den ersten Rängen aus, auf die erhaltenden, verurteilt von der bürgerlichen Presse, aufrecht erhalten lassen? Werden sie auch noch glauben, daß diese Demonstranten am Sonntag die Angreifer gewesen, öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet hätten? Im oberen Saal sprach Genosse Paul Hennig, unter Genosse Drescher, beide unter ununterbrochenem Aufmerksamkeitsbegehren der Versammelten. Wir lassen hier das Referat des Genossen Hennig im Auszuge folgen. Er führte aus:

Eine ungeheure Erregung hat sich im Halleischen Proletariat über die schändlichen Vorgänge am Sonntag erhoben. Lange heuerliches hat sich ereignet. Das Proletariat hat für kein Recht Sturmer bringen müssen. Trotzdem das Proletariat alljährlich Behauptungen ausstößt, dem Kapitalismus bringen muß, erregt es doch kein Sturmer, wie die Opfer der Saboteurarbeit der Polizei. — Wir wissen nun die Frage auf: Was bedeutet das Proletariat zu tun, um diese Vorgänge zu verhindern? Was sagt das Bürgertum dazu, daß die Arbeiter, die den Bestand der Gesellschaft gewährleisten, blutig geschlagen werden, wenn sie friedlich demonstrieren? Wie gebieten wir die ungeheuerlichen Vorgänge auszuweichen, um unsere Sache zu fördern?

Es ist notwendig, tiefer zu graben, um zu verstehen, wie die Polizei zu ihrer blutigen Arbeit kam. Diese blutige Handlung hat auch dem Bürgertum ein lazes Gemüde vom preussischen Staat gegeben. Es ist ihm gezeigt worden, daß das Proletariat nicht zum Zweck den preussischen Klassenstaat bis auf den Kopf hin zu zerstören, sondern nur die Verhältnisse zu verbessern, die dem Bürgertum ein lazes Gemüde vom preussischen Staat gegeben. Es ist ihm gezeigt worden, daß das Proletariat nicht zum Zweck den preussischen Klassenstaat bis auf den Kopf hin zu zerstören, sondern nur die Verhältnisse zu verbessern, die dem Bürgertum ein lazes Gemüde vom preussischen Staat gegeben.

Warum demonstrieren das Proletariat am Sonntag? Es geschah doch nicht deswegen, wie die bürgerliche Presse behauptet, um Standhaft zu machen, sondern deswegen, weil Preußen kein Rechtsstaat ist. 1848 hat das Bürgertum mit dem Proletariat gemeinsam auf den Barrikaden das Recht erkämpft. Seit 1849 aber ist Preußen kein Rechtsstaat mehr, sondern ein Staat der Gewalt. Seit 80 Jahren tragen wir das Massengestück, das sich infolge der wirtschaftlichen Entwicklung immer mehr verschlechtert. Es wird nun endlich einmal Zeit, daß wir mit diesem Massengestück aufzukommen. (Sehr richtig!) Das Proletariat hat in den letzten Jahrzehnten eine politische Schulung durchgemacht, eine Kontrorevolution wie 1849 ist heute nicht mehr möglich.

Es ist nun die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, die sogenannte „Rechtsreform“ zu bereinigen. Die Erregung im Volk kam deshalb, weil das seit fast 70 Jahren bestehende Massengestück noch verschlechtert werden sollte. Gerade die Leute, die uns am Sonntag blutig gemeldet haben, die Polizisten und Unteroffiziere, sollen in Zukunft über der Arbeiterklasse stehen, sollen aber nicht mehr als Unteroffiziere. Dagegen haben wir uns gebunden. Wir müßten ja Hundstöße sein, wenn wir uns das gefallen lassen wollten. Wir haben am Sonntag gesagt, daß das Volk mächtig ist, wenn es sich nicht läßt. Wir gingen ruhig demonstrierend auf der Straße, weil wir den ungeheuren Klassenkampf im Wahrsprechen bewußten. Wenn wir, daß der Kampf um das Recht als Revolution im landläufigen Sinne, sondern nur das bürgerlich-demokratische Recht von 1848 wiederherstellen. Die herrschende Klasse weiß freilich, daß sie das gleiche Recht nicht geben darf, weil sonst die Unterdrückten von heute emporen können. Freiwillig gibt sie deshalb nichts. Darum müssen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen. Wenn wir arbeiten müssen für die herrschenden Klassen, wenn wir sie ernähren und kleiden, dann wollen wir auch mitbestimmen, das Gesetz sein soll. Der blutige Überfall am Sonntag kann den Kampf ums Recht nicht hindern. Denn der Kampf ums Recht ist im Grunde der Kampf ums Brot! Wenn man heute alle sogenannten

Rechtsführer einsperren würde, so wäre der Kampf damit nicht unterbrochen. Im Gegenteil, die Reihen würden nur feiner geschwitten, wie uns auch der letzte Sonntag feiner zusammengeschlossen hat.

Es ist klar, daß bei diesem Kampfe die vorwärtsstrebende Masse zunächst mit der Polizei zu tun bekommt. Das Militär kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Damit ist man vorsichtig, denn das Militär hat Proletariat in seinen Reihen. Allerdings hat man am Sonntag schon diese Vorsicht durchbrochen. Die Polizei ist zunächst das Herrschaftsinstrument der herrschenden Klassen. Inebald im Staat trifft man auf die Polizei. Man hat sie den Kommunen aufgesprochen, denen man vorwärts, sie hätten über die Polizei zu verfügen. Das ist nicht wahr. Die Polizei ist völlig losgelöst vom Volk. Die Regierung hat die Polizei in der Hand. Ihr ist der bessere Platz gegeben, sie soll keine Wurzel im Volk haben, sie soll als Allmacht über dem Volk stehen. Das typische preussische Herrschaftsinstrument hat die Polizei außerordentliche Macht verliehen. Die Polizei ist Herr über den Ort, die Polizei ist Herr über die Freiheit, die Polizei ist Herr über den Leib des Staatsbürgers! Das ist gesetzlich festgelegt.

Die Polizei ist Herr über den Ort, also auch über die Straße. Sie gibt sie, wenn sie will, dem Militär, den Kriegereinheiten, den Studenten usw. Jeder bekommt die Straße, nur die Arbeiterklasse nicht! Wenn selbst der Witzger läme, dann würde die Straße flüchtig abgefordert. Den Arbeitern aber wird das Recht auf die Straße verweigert. Und wir sollten kein Recht auf die Straße haben? Wir haben das Recht auf die Luft, also auch auf die Straße! (Stürmischer Beifall!) Die Arbeiter haben die Straßen gehört. Wir protestieren nicht nur Worten gegen den Raub des Rechtes auf die Straße, sondern auch durch die Tat. Und dabei ziehen wir ganz gewiß nicht den Kürzeren, wenn wir uns zu disziplinieren verstehen. Man kann uns ruhig den Prozeß machen wegen der Straßendemonstrationen, da werden wir sehen, daß das Recht auf die Straße uns zugestanden werden muß.

Wir haben also gesehen, daß die Polizei sich mit Gewalt die Macht über die Straße erhält. Die Polizei ist zusammengesetzt aus Elementen, die nicht aufgefällt sind, die mit dem Volke nicht mehr zu tun haben. Der Staatsanwalt Wulsen in Dresden, ein weicher Bube, wies nach, daß in der Polizeischule zu Weddinghausen von 100 Bewachern nicht ein einziger wußte, was die Verfassung ist! (Stürmischer Beifall!) Nur einen kleinen Teil des Straßensystems hat die Polizei. Nur einer konnte die Straßensystemordnung angeben! Diese Leute bilden die Gewalt über die Straße. Sie können dort tun, was sie wollen. Es braucht nur an die Verhaftung und Drangsalierung von Straßensystem erinnert zu werden. Ein Paragraph des Straßensystems sagt, daß der, der solchem ungesetzlichen Treiben der Polizei Widerstand leistet, mit zwei Jahren Gefängnis bestraft werden kann. Damit man den Polizisten auch ja respektiert, ist im Straßensystem der § 118 eingefügt. Der jedem Buchstabe zu zugehen Jahren androht, der jeden Polizisten im Dienst auch nur leicht verletzt. Der Schumann ist einfach der Stellvertreter Gottes auf der Straße!

Der Schumann ist aber nicht nur Herr über die Straße, sondern auch über die Freiheit des Staatsbürgers. Es ist ja nur zu erkennen an der Verhaftung meines Kollegen Riehm im April vorigen Jahres. Das geschah angeblich zur Verhütung einer strafbaren Handlung. Diese sollte aber nicht in dem Schwinger eines Polizeibeamten, wie am Stadthaber, bestehen, sondern in der Aufführung der Jugend. Diese Verhaftung war nicht etwa ein offizier Müßiggang, sondern sie war von oben herab befohlen. Gegen die Täter ist längst Strafgeld gestellt worden. Seit dreizehn Jahren aber ist die Sache stillschweigend verlaufen. Der Polizei geschieht nichts. Sie ist also Herr über die Freiheit des Staatsbürgers, sie kann tun damit, was sie will.

Die Polizei ist auch Herr über den Leib des Staatsbürgers. Hier ein typischer Fall: In München rumpelte ein betrunkener Student einen Schumann an. Der schoß ihn einfach mit dem Browning nieder. Vor Gericht wurde der Kerl von Schumann längen freigesprochen. Er gelang ein, daß er den Mann absichtlich niederschossen habe, aber ihm wurde zugestanden, daß er sich durch den Tod des Studenten bedroht fühlen konnte! Sehen wir, wie die Polizei in demokratischen Ländern an, aber trägt sie keine scharfen Waffen, sondern nur Knüttel. Aber die Ruhe wird dort nicht gestört. Denken wir dagegen an den Januhader von Breslau, der nicht gestanden worden ist. Sollen wir noch die unzähligen Mißhandlungsfälle auf Polizeieinheiten erwähnen? Die Polizei kann brutal einen Menschen im geschlossenen Raum mißhandeln, kann bestimmen die schuldigen Beamten 30 M. Geldstrafe, wie ein Fall in Goppo beweis, von der gleichen Strafkammer erhielt ein Beibring, weil er jemand aus besseren Kreisen angerepelt und bedroht hatte, ein Jahr drei Monate Gefängnis. (Wut!) Wir denken da ferner an den berühmten Hedelesch Schießerlag. — Polmeier gibt es gegen die Polizei nicht; nur die Schwärze, Schwärze, wenn ein Mann der Schärfe gelappt hat bei der Einsetzung, den Helm aufzusetzen er geht noch über den Herrgott! (Große Heiterkeit.) Der Hedelesch aber hat den Hut zu ziehen. Wird wirklich einmal ein Schumann bestraft, dann winkt die Verabredung. Selbst die Macht des Richters hat sich vor der der Polizei oft zu beugen. Polizeiautorität ist in jedem Falle Autorität im Staat. Ein Richter in Frankfurt befürwortete sich einmal darüber, daß ihm die von der Polizei verhafteten Leute zu spät vorgeführt wurden. Als ihm das zu tun wurde und er darüber eine Proklamation verlesen wollte, wurde er aus dem Saal entfernt. Der Polizei wurde kein Quar gegeben. Wenn einmal die Polizei wirklich unterliegt, muß das Ja sagen einem Arbeiter. An Berlin ist ein Fallig geschah, aber dort keine Arbeiter. An Berlin ist ein Fallig geschah, aber dort keine Arbeiter. An Berlin ist ein Fallig geschah, aber dort keine Arbeiter. An Berlin ist ein Fallig geschah, aber dort keine Arbeiter.

Wie war es denn nun bei uns am Sonntag? Nachdem wir am Theater ein Lied gesungen hatten, wollten wir ruhig

nach Hause gehen. Als wir uns schon zerstreuten, kam die Polizei von der Seitenstraße und verdrängte sich mit Waffen gegen die Menge. Die Menschenmenge war kein Verleser, sondern ein Kampf. Als die Polizei die Menge angriff, da war der Reiz gegeben. Als die Masse lachte, da wurde auf die Polizei eingeschlagen. Einzig und allein die Menge und die ganz bestechlichen Maßnahmen der Polizei haben das Blutbad am Sonntag verursacht. Wenn wir eine Horde von Besten waren, wenn man uns schändet, dann hätten ja hier im Volkspark und in der Wagstraße die Massen die Ruhe bringen können. Es ist das vergessene Blut hat das Volk in Erregung gebracht. Der Körper, das tote Blut ist das einzige, was wir besitzen. Wenn wirklich in der Menge gelächelt und gewirrt werden ist, dann ist es in der größten Empörung über die Schändel geschähen. Die bürgerliche Presse überreitet über die Vorgänge. Sie schreibt, daß die Polizei von Markt von Demonstranten hätte fassen müssen, aber das ist ja gar nicht wahr, dort waren ja gar keine Demonstranten. Sollen wir am Stadthaber für etwaige Ausschreitungen am Markt verantwortlich gemacht werden? Nun, am Sonntag war keine Spur von Notwendigkeit zum Schändelgeschähen. Das abscheuliche Verbrechen der bürgerlichen Beamten fällt auf sie zurück. Niemand von uns hat an blutige Szenen gedacht. Wir haben friedlich für das Wahrsprechen demonstriert. Das heutige System aber verlangt, daß die Proletariat von der Straße vertrieben werden müssen. Es ist der bürgerlichen Presse, die das System vertritt, peinlich, daß die Proletariat auf der Straße die Ruhe bewahren. Die bürgerliche Presse hat nicht geglaubt, sie hat es deutlich ausgesprochen, daß sie einen Kampf mit uns hat, damit gezeigt werden könnte, daß die Arbeiter nicht das gleiche Wahrsprechen haben dürfen.

Wenn etwas aus der Masse geschähen ist, so soll man auch die Logik nicht vergessen. Wir wissen, daß auch in Halle die unfaulbaren Elemente vorhanden sind. Wir müssen das regeln treffen, daß diese Schurken bestraft werden. Zu groß ist das Sündenregister der Polizei, als daß wir da nicht augerichte Vorsicht üben müßten. In Berlin sind 1908 bei Demonstrationen sechs Polizisten verwundet worden. Sollten Epigonen in Halle nicht möglich sein? Hier besteht doch ein gemeinsamer Feind, der sogenannte Klassenkampf. Die Meinung ist jedenfalls so schuldig, daß selbst bürgerliche Stadtväter und eine sie nicht jagen dürfen, sie die über das Blutbad am Sonntag lachen konnten. (Wut!) Wir können nur tief bedauern, daß es in Halle zu Schändelungen gekommen. In Halle hat die Polizei noch viel zu schaffen. Dieses Verbrechen haben wir für begreifbar. Wir werden in jeder Weise für Ordnung in den Massen sorgen und das werden wir, daß die Maßnahmen vom Sonntag sich nicht wiederholen. Auch das Bürgertum in Halle ist schuld, daß hier eine solche Polizeischmach einziehen konnte. Das Bürgertum und seine erbärmliche Presse. Die einzige Presse in Deutschland, die nichts gegen die Polizeischmach am Sonntag einzuwenden weiß. Vielleicht wäre es gut gewesen, wenn auch hier bürgerliche Redaktionen mit der Polizei eine Verabredung gemacht hätten. (Sehr richtig!) Das Epigonenbürgertum wird von dieser Presse hysterisch zum Sozialistenkampf erregt. Es hält uns für Räuber und Vögel, so daß viele erkannt waren, als sie am Sonntag abend nach Hause gingen und keine Menschen auf der Straße in Halle seit Jahrzehnten die Polizeischmach gefürcht. Es hat in der Stadtverordneten-Versammlung die Mehrheit, aber es stellt sich nicht gegen die Polizei auf die Hinterfüße, es läßt, wenn die Polizei ein Blutbad anrichtet.

Was hat die heutige Versammlung für einen höheren Zweck? Soll sie nur den Schumann für die Polizeischmach bringen oder soll sie uns zeigen, wie wir in Zukunft zu arbeiten haben? Dies letzte soll es sein. Wir wollen unsere Organisationen stärken, wollen unsere Presse verbreiten. Wir wollen unsere Verbrechen darüber, daß nur die Sozialdemokratie die Polizeischmach bekämpft. Freilich, als Klasse kann nur das Proletariat mit der Polizei fertig werden, nicht das Bürgertum. Dies braucht seine Polizei als Herrschaftsinstrument. Aber eben diese Herrschaft bekämpft das Proletariat. Wir müssen also auf. Suchen wir zu uns die heranzugelen, die aus den Polizeistandarten am Sonntag einen Vort der Erkenntnis gewonnen haben.

Nicht gegen Einzelne wendet sich unser Zorn, nicht gegen die Polizisten als Personen, so schändlich sie auch gewirkt haben können, sondern es gilt, das System zu bekämpfen. Wer dazu mitwirken will, der möge kommen. Er soll willkommen sein. Was auch für Dinge kommen mögen, die Maßnahmen, die die sozialdemokratische Partei im Interesse des bürgerlichen Kampfes für notwendig erachtet, werden getroffen. Trotz Dröhlungen und Polizeigefährdungen. Große gefährliche Geschäfte lassen sich nicht durch den Polizeischmach aus der Welt schaffen. Die gesamte Arbeiterklasse wird immer lauter befinden, daß sie nicht mehr dem Polizeischmach untertan ist, sondern daß die einzige große soziale Revolution sie befreien und erlösen wird! (Stürmischer nicht endenwährender Beifall.)

Genosse Albert erklärt, daß Genosse Hennig wohl allen aus der Seele gesprochen habe. Es ist Eitelkeit, was man nicht gegen den Mann zu tun hat. (Es mehr sich nicht.) Der preussische Staat hat die Verbrechen nicht allein nicht an, daß sie ihre Meinung über die Polizeischmach öffentlich vertreten. Die Diskussion ist eröffnet.

Genosse Sperling kennzeichnet die schändliche, infame Stellung des Generalanlegers, der in der niedrigsten und schändlichsten Weise über die demonstrierenden Arbeiter hergefallen ist und sie beschimpft habe. Ein Arbeiter, der noch Ansehen eines solchen nichtredaktionellen Blattes besitzt, hat den Anspruch auf Anständigkeit verneint. (Beifall.)

Genosse Wertig führt eine ganze Reihe von Fällen an, wo Bürgerliche mit dem Polizeischmach Verabredung machten. Er fordert die Anwesenheit gleichfalls energisch auf, den Generalanleger aus dem Hause zu werfen und das Arbeiterorgan, das Volksblatt, zu abonnieren.

...Verammlung ...

...Stadttrater ...

...Sinfonie-Kongerte ...

...Kommunales ...

...Kommunen und Umgebungen ...

...Blau ...

...Verein ...

...Zeitung ...

Volkswirtschaftliches.

...Aus der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik ...

...Am 12. Juni 1907 waren in den landwirtschaftlichen Betrieben ...

Gewerkschaftliches.

...Christliche Berufsbildungsvereine ...

...Die Entschädigung ...

...Und nun auf einmal ...

...Graf Galen ...

...Unter der sensationellen ...

...Wie durch eine Anfrage ...

Allerlei.

...Paris, 17. Februar ...

Sturm in England.

...London, 18. Februar ...

Erdbeben.

...London, 17. Februar ...

Bergmanntöde.

...Lüttich, 17. Februar ...

Gienbahnunfälle.

...Troppau, 17. Februar ...

Mit Mann und Maus untergegangen.

...Guxhagen, 17. Februar ...

...Der Herr ...

...Von den ...

Letzte Nachrichten und Depeschen.

...Frankfurt a. M., 18. Februar ...

...Genade und plündernde ...

...Sinnau i. Th., 17. Februar ...

Unsere Filial-Expeditionen.

...in denen ...

...Hohenlohe Hafermehl ...

Baby-Wäsche ...

Stedten ...

Arbeitsmarkt ...

Wohnungs-Anzeigen ...

Arbeitsmarkt ...

hat nicht b. Herrmann Gollner gefahren. (Wohlfahrt und sehr gut b. d. Soz.) Die Vereinigung von Zentrum und Konfessionsvereinen gibt ein klares Bild der Situation. Wegen diesem

Titel der Parteipolitik
werden sich auf der andern Seite alle zusammenfinden, die noch an den Fortschritt der Menschheit glauben. Was die Macht der Parteiführer nach so groß sein, wie fürchten sie nicht! Im Gegenzug zu den Anhängern der sozial-liberalen Partei sagen wir: Und wenn die Welt voll Teufel war und wollt und gar verflungen, so fürchten wir uns nicht sehr, es muß und doch gehen! (Weh, Bruno! links (Linke 1, Str. u. rechts).
Abg. Fricker u. Camp (Mit.) gibt eine laute Erklärung ab, daß die Reichspartei toleranter und friedlicher Zusammenleben aller Konfessionsparteien, daß sie aber aus Kompetenzgründen den Zentrumsantrag und natürlich auch den Zusatzantrag Albrecht ablehnt.

Abg. Brandts (Volk) tritt für den Antrag des Zentrums ein. Es sei bedauerlich, daß etwas so selbstverständliches wie Toleranz erst beantragt werden müsse. In Schlußfrage trennt sich von den Sozialdemokraten eine tiefe Kluft. Wir betonen den Religionsunterricht in der Schule als einen wesentlichen Teil religiöser Betätigung. (Bravo! bei den Voten).

Abg. Vierermann von Sonnenberg (Antif.) Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Regelung der Materie Sache der Landesgesetzgebung ist und können aus diesem Grunde den Antrag verwerfen ab.

Abg. Fricker von Herling (M.) Gerade von den Liberalen haben wir Zustimmung erwartet und sind sehr erfreut, daß wir von allen Parteien, mit Ausnahme der äußersten Linken, Ablehnung erfahren. Die Kompensationsfrage kommt bei unserm Antrag gar nicht in Betracht. Wir geben einen Weg, auf den uns gerade der vorige Herr Reichsführer bewiesen hat. Ich finde, man hat heute weniger gegen unsern Antrag polemisiert, als gegen das, was man dahinter vermutet. Aber es ist würdlich nichts dahinter zu finden. Der sozialdemokratische Antrag sehen wir ab. (Beif. hier, b. d. Soz.) Es handelt sich hier um eine Fide, die uns gelegt ist.

(Rachen b. d. Soz.) Wir lehnen den Antrag ab, weil wir jetzt nicht an eine Regelung der ganzen kirchenpolitischen Materie herangehen wollen. (Beif. bei den Voten).
Vizepräsident Dr. Spahn teilt mit, daß namentliche Abstimmung über die beiden Anträge beantragt ist. Diese beiden namentlichen Abstimmungen werden zu Beginn der morgigen Sitzung vorgenommen werden.

Abg. Trimborn (Zentrum, persönlich) erklärt gegenüber dem Abg. Dr. David, daß er die Sozialdemokratie nicht als futuristisch sondern als kirchenfeindlich durch und durch bezeichnet habe.
Abg. Dr. David (Soz.): Der Bericht über die Rede des Herrn Trimborn stand in der kirchlichen Volkszeitung. (Wohlfahrt dort, hier und wo die Mehrheit bei den Soz.) Dort stand in Sonderdruck zu lesen in der halbrechten Trimborns: „Die Sozialdemokratie ist futuristisch durch und durch.“

Abg. Trimborn: Das ist nicht meine Schuld. Wenn übrigens die Sozialdemokratie den alten Kulturkampf nicht mitmacht, so macht sie doch den neuen mit.
Abg. Dr. David: Was die Behauptung betrifft ... (Munde des Vizepräsidenten).

Vizepräsident Dr. Spahn: Das ist nicht mehr persönlich.
Abg. Dr. David: Herr Trimborn hat doch schon in einer persönlichen Bemerkung gesprochen (sehr wahr! links). Ich will also nur kurz bemerken, daß es einen neuen Kulturkampf gar nicht gibt. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.)

Ein Vertagungsantrag wird gegen Nationalliberale, Freisinnige und Sozialdemokraten abgelehnt. Es ist 6 1/2 Uhr.

Sozialpolitik nach Feierabend.

Es folgt die erste Sitzung der Gewerbeordnungs-kommission (Wahlordnung der § 114 u. m., Lohnbücher betreffend).

Abg. Dr. Pieper (Zentr.) behauptet, daß die technischen Wirtschaftsbeamten nicht in die Vorlage aufgenommen sind.
Staatssekretär Delbrück: Die Frage der Techniker ist noch nicht spruchreif.

Abg. Wolfenbutter (Soz.): Das was die Beratung sozialpolitischer Gesetze so spät abends beginnt, ist ein Zeichen für die

Kritik der Sozialpolitik
von Seiten des Reichstags. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir halten es für angebracht, bei der ersten Beratung zu betonen, welche weitreichende Forderungen wir für eine Revision der Gewerbeordnungen haben.
Die Klagen gegen die

Lohnbücher
haben sich gegen lauter Rechtschaffenheit gerichtet. Die Arbeitgeber wollten die Lohnbücher überhaupt nicht, weil durch sie verhindert

wird, daß die betreffenden Bestimmungen der Vorlage eine Verbesserung bedeuten. Auch werden wir für die Ausdehnung des Fortbildungunterrichts

stimmten.
In den Gewerben, in denen durch übermäßige Arbeitszeit Mangel und Gesundheit der Arbeiter gefährdet sind, sollen nach § 120 der Bundesratsverordnung die Bundespräsidenten, Provinz- und Städte der Arbeitszeit regeln. Dabei ist nur zu befürchten, daß sich einer auf den anderen verläßt, und es schließlich keiner tut.
Die Vorlage steht erheblich hinter der von 1907 zurück. Damals schrieb ich den Antrag dem Reichstag vor, aber es scheint, vom schwarz-blauen Block darf man auch nicht viel verlangen. (Zustimmung.) Vieles ist aus der damaligen Vorlage weggelassen. Ist sich die Regierung vielleicht über die Dinge nicht mehr im klaren, weil

einige Ministerien anders besetzt
worden sind. (Echt nicht! b. d. Soz.) Aber die Stagnation der Bureaucratie beweist gerade das Vorwärtstreiben des Volkes. Die Regierung ist nicht bloß festgehalten, sondern

nach rückwärts entwickelt.
Das Volk aber entwickelt sich weiter. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.)

Man hätte bei dieser Gelegenheit an eine Revision des gesamten Arbeiterrechtes herangehen müssen. Auch müßten vor allem die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten der Gewerbeordnung unterstellt werden. Auch die Abstände über die Sonnensruhe bedürfen einer gründlichen Umarbeitung und ebenso wenig ist die Frage der Züchtung des Lohnes in Angriff genommen.

Die Regierung wird auf die Dauer keine Entschädigung finden dafür, daß sie hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt, mit welcher die Sozialpolitik Schritt zu halten hat. (Beif. Zustimmung b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion und die Vorlage geht an die Hausarbeitskommission. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Intervention Albrecht (Soz.) über die Reichsantrag des Wahlrechtsänderungen. Etat des Reichstags des Innern Schluß 7 1/2 Uhr.

Soziales.

Ein gerechtes Urteil.

Wie wir feinerzeit berichteten, wurde beim Gewerbegericht Lechhausen vor einiger Zeit eine Massenklage anhängig gemacht. Infolge des Streiks in einer Abteilung der Glasfabrik Lechhausen hatte die Direktion die Arbeitszeit in den anderen Abteilungen bis auf die Hälfte eingeschränkt, ohne die Arbeiter davon vorher in Kenntnis zu setzen. Die Arbeiter erlitten dadurch unerschuldet einen ganz erheblichen Verdienstausfall, weshalb 909 im Betriebe beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen die Firma auf Zahlung des ihnen auf diese Weise entgangenen Verdienstes verklagten. Nach wiederholter Vertagung kam die Klage nunmehr vor dem Gewerbegericht in Lechhausen zur Entscheidung. Nachdem die Reichsliste in allen Fällen gleich war, wurde ein Fall herausgegriffen, der dann für sämtliche Klagen entscheidend sein soll. Das Gewerbegericht verpflichtete die beklagte Firma zur Zahlung der Entschädigung, und zwar für 17 Tage entgangenen Lohnes. Aus der Urteilsbegründung sei angeführt:

„Die §§ 615, 203 und 224 des Bürgerlichen Gesetzbuches befehlen, daß der Arbeiter von dem Arbeitgeber die vereinbarte Vergütung verlangen kann, wenn der Dienstberechtigte (Arbeitgeber) mit der Annahme der Dienste in Verzug gerät. Der klare Wortlaut des Gesetzes läßt erkennen, daß der Arbeitgeber auch zahlen muß, wenn er unerschuldet in Verzug gerät. In diesem Falle habe aber die Firma die Schuld zu tragen, da sie durch ihr Verhalten den Streik in der Pumpstation veranlaßt hat. Eine Verleumdung lag auch nicht vor, da ein partieller Streik eine Folge nicht darstellte. — Am gleichen Tage kam auch die Klage von 24 streikenden Arbeitern der Pumpstation gegen die gleiche Firma zur Verhandlung. Die Leute hatten wegen Lohnreduktion und Verzögerung die Arbeit eingestellt. Die Firma hatte sich nun geweigert, den als Kautions einbehaltenen Lohn von drei Tagen herauszugeben, weil die Streikenden kontraktbrüchig geworden seien. Auch in diesem Fall entschied das Gericht zugunsten der Kläger. Es stellte fest, daß die Kläger nicht kontraktbrüchig geworden seien, die Firma durch ihr Verhalten vielmehr den Streik veranlaßt habe, weshalb die zurückbehaltenen Löhne herausbezahlt werden müssen. Die Gesamthöhe der Streitsumme in den vorliegenden Fällen dürfte sich auf etwa 6500 RM. belaufen.“

Aus den Nachbarkreisen.

Wahlkreis Sangerhausen-Eckartsberga.
Sonntag, den 6. März, von mittags 11 Uhr ab, findet im Volkshaus zum Gerntrung in Sangerhausen eine Kreisversammlung statt.

- Vorläufige Tagesordnung:**
1. Bericht des Vertrauensmannes und des Kassierers.
 2. Agitation und Organisation (Referent: Rebatteur Otto Niebuhr-Salle).
 3. Aufstellung des Reichstagskandidaten für unsern Wahlkreis.
 4. Anträge.
 5. Verschiedenes.
- Die Genossen im Kreise wollen die Delegiertenwohnen nach den bekannten Bestimmungen im Statut besuchen.
Anträge sind bis zum 27. Februar einzureichen.
Mit Parteigrüß.
Der Zentralvorstand.

Feit, 18. Februar. Sitzung, Sammelstellen. Alle Sammelstellen, die bis zum 30. Januar ausgegeben sind, sind sofort an die Genossen Leopold abzuliefern. Gleichzeitig erlauchen wir unsere Genossen, bis alsbald für Aufklärung von Geldern für die Parteipresse tätig zu sein, Sammelstellen sind dazu stets zu haben.

Feit, 18. Februar. Der Bildungsausschuß hat betreffs des Verkaufs der Eintrittskarten eine andere Regelung getroffen. Damit den Nichtorganisierten keine Eintrittskarten mehr auszugeben sind, kommt der Vorkauf in den Konsumvereins-Verkaufsstellen in Kraft. Auch ist eine Bereinigung der Verkaufsstellen vorgenommen, um die Kaufenscheit zu erleichtern. Billets für sämtliche Veranstaltungen sind für die Folge bei den Gen. Jüller, Klosterstraße 7; Gerhardt, Bismarckstraße 14; Winda, Weberstraße 1c; Köhler, Meißnerstraße (Verbandsbüro der Metallarbeiter und Hengstler, Aulstraße 16 (Konsumverein), zu haben. Die Gewerbetätigen und Parteimitglieder können zu dem nächsten Theaterabend vom Dienstag ab in den vorbenannten Verkaufsstellen Billets bekommen. Partei oder Gewerbetätigenlegation ist beim Einkauf der Billets vorzuziehen; auch werden die Mitglieder freigelegt angezogen, an Nichtorganisierte keine Billets weiterzugeben. Der nächste Theaterabend mit nachfolgenden Landstücken ist am Sonntag, den 28. Februar. Zur Aufführung gelangt Das Wolfstod von Ludwig Angenauer: Die Kreuzschweizer. Dieses Stück wurde während der Leitung des Leipziger Parteitages zu Ehren der Delegierten im Leipziger Stadttheater, unter großem Beifall aufgeführt. Es ist noch bemerkenswert, daß die Einlösung erst um 7 Uhr stattfindet, obwohl es das Stundenlange Warten der Besucher vorher wies.

Feit, 17. Februar. Arbeiterjugend! Für die Jugend wird am Sonntag, den 20. Februar, in der Reichshalle ein gemütliches Beisammensein verbunden mit Fränkischen, von nachmittags 4 Uhr ab veranstaltet. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Gehemmt, 18. Februar. Sitzung, Vergarbeiter Sonntag, den 27. Februar, vormittags 11 Uhr, findet im hiesigen Schützenhaus hier selbst Knappschützler-Ball für den 18. Sprengel statt. Es muß nicht jedes Kameraden sein, in der öffentlichen Vergarbeiterverammlung, welche Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 8 Uhr, in Mohln stattfinden, anzuweisen ist. In dieser Verammlung ist welcher zunächst über die letzte Lage im Bergbau, sowie auch über Tarifbestimmungen gesprochen wird, sollen der Knappschützlerstelle sowie der erste und zweite Ersatzmann nominiert werden.

Steinmühl, 17. Februar. Zur Gemeindevorstandswahl Am 18. Februar fand eine gutebelebte Versammlung statt, in der der Vorliegende den Genossen erläuterte, wie sie sich bei den Gemeindevorstand zu verhalten haben. Als Kandidat der dritten Klasse wurde Genosse Follenberg-Eckartsberga vorgeschlagen. Unter Punkt Verschiedenes wurden die Arbeiter und Parteigenossen angefordert, sich bei nur in den Rollen zu verzeichnen, die der Arbeiterschaft zu Verfügung stehen.

Leuchter, 17. Febr. Bei der Arbeit verunglückt. Schwere Verbrennungen erlitt in der Chemischen Fabrik der Leuchte Arbeiter Emil Buhner. Er rutschte in eine mit heißer flüssiger gefüllte Grube und verbrannte sich die linke Körperseite und das rechte Bein schwer.

Leuchter, 17. Februar. Nächsten Sonntag, nachmittags 8 Uhr, findet die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung unserer Stadtverordneten und die diesjährige Wai-



Eröffnung der Frühjahrs-Saison.

Große Ausstellung von Damenhäuten sowohl in allen Schaufenstern wie in allen Abteilungen.

Konfirmanden-Anzüge

(nur eigene Anfertigung)

Mark 9.— 12.— 16.— 20.— 24.— 27.— 32.— 36.— 42.—

Chice, moderne

Frühjahrs-Ülster und -Paletots

Mark 19.— 23.— 27.— 33.— 39.— 45.—

Enorme Auswahl. Vornehme Maßanfertigung. Mäßige Preise.

Enderols & Junker

Halle a. S., Große Ulrichstrasse 19.

Modernes Kaufhaus für elegante Herren- und Knaben-Bekleidung.

Walhalla-Theater
 Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
 Sensations-Gastspiel: Mstr. Niblos
Sprechende Vögel
Coocoo u. Laura!
 die einzigen Vögel der Welt, welche in
drei Sprachen, englisch, französisch und deutsch,
 beiderseitig oder mit Mstr. Niblo
 sprechen, konversieren, singen, fragen und antworten.
 Hierzu das grandiose Programm.

Apollo-Theater.
 Direction: Gustav Poller.
 Gastspiel des „Berliner
 Schauspiel-Ensembles“.
 Nur noch heute u. morgen:
Ein seltsamer Fall
 Sensations-Schauspiel
 in 4 Akten
 v. Jefferson u. Mansfield.
 Im letzten Akt:
 Der neue Sensationsstreich:
Das Verwandeln
 einer lebenden Person
 in eine völlig andere
 auf offener Bühne.

Kinderwagen
 bestes Fabrikat, große Auswahl,
 billige Preise.
 Rabattmarken.
C. F. Ritter, Leipzigerstr. 90.
Verücken! Masken!
 hochwart u. sic. verl. Kostüm-
 feituren u. Schminken führt aus
 H. Krolow Wwe., Geilstr. 16.

Demokratische Vereinigung
 Die für heute abend nach den
 Germaniafällen einberufene
Versammlung
 findet wegen **Saalverweigerung**
 nicht dort, sondern heute abend im
Gasthof „Zu den drei Königen“,
 Kleine Klausstraße 7,
 statt.

Achtung! Achtung!
Berband der Bergarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Zeitz.
 Sonntag den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant
 Kämpfe, Schützenstraße:
Mitgliederversammlung
 Tagesordnung: 1. Vortrag über Tarifvertrag. 2. Bericht
 der Konferenz. 3. Geschäftliches und Berichtendes.
 Da diese Tagesordnung sehr wichtig ist, müssen alle Kameraden
 kommen. Die Ortsverwaltung.

Zeitz. Schützenhaus. Zeitz.
 Sonntag den 20. Februar abends 8 1/2 Uhr:
**Einmaliges Gastspiel des beliebten Leipziger „Bunten
 Theaters“ mit seinem grossartigen Elite- u. Gala-Programm.**
 Unter anderem:
„Die Verlobung in Adamskleidern“, **„Oberleutnant von Brandorf“**.
 Nach der Vorstellung: **Feiner Ball.**

Stadt-Theater
 in Halle a. S.
 Direction: Hofrat M. Richards.
 Sonnabend den 19. Febr. 1910:
 Nachmittags 3 Uhr:
**Selbstmörder-Kasseler-Ver-
 hehlung bei kleinen Preisen**
Maria Stuart.
 Trauerspiel in 5 Akten
 von Friedrich Schiller.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 155. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.
Novität!
 Zum 13. Male:
Der fidele Bauer.
 Operette in 3 Akten
 von Leo Fall.
 Rosenföfn. 7 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag den 20. Februar 1910:
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:
 17. Fremden-Vorstellung zu
 ermäßigten Preisen:
Novität!
 Zum 18. Male:
Die Förster-Christl.
 Operette in 3 Akten
 von Bernhard Buchbinder.
 — Musik von Georg Jarro.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 156. Abonn.-Vorst. 4. Viertel.
 Zum letzten Male:
 Mit der neuen herrlich. Ausstattung
Lohengrin.
 Romantische Oper in 3 Akten
 von Richard Wagner.

**Wohlfeile
 Schuhwaren**
 in modernen Façons zur
Konfirmation.
 Für Mädchen: **Knopf- u. Schnürstiefel**
 Box- u. Chevreauzleder
 mit u. ohne Lackkappe
 6⁷⁵ 7⁵⁰ 8⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰
 14⁵⁰ 16⁵⁰
 Für Knaben: **Schnürstiefel**
 in allen Arten und ver-
 schiedenen Ledersorten
 4⁹⁰ 5²⁵ 6⁷⁰ 7²⁰ 8⁵⁰ 9⁵⁰
 10⁵⁰ 12⁵⁰

5 % Rabatt als Mitglied des
 Rabatt-Spar-Ver.
Gutermann & Co.
 13|5. Grosse Ulrichstrasse 13|5.
 im Hause Leonhardt & Schlessinger.

Achtung! Lettin, Dörlau u. Umg.
 Sonnabend den 19. Februar abends 8 1/2 Uhr
 im Gasthof „Zur Erholung“, Lettin
**Große öffentliche
 Versammlung für Männer u. Frauen.**
 Tagesordnung: Vortrag: **Die Kirche im Klassen-
 kampfe.** Referent: Genosse Paul David-Dresden, Vorsitzender des
 Zentral-Vereins deutscher Freidenker.
 Freie Diskussion. Der Einborufer.
 Um zahlreichen Besuch bitten W. Stadt, Halle a. S., Kapellenstraße 7, II.

Theissen.
 Sonntag d. 20. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, im Gasth. Zum blauen Stern
Oeffentl. Volksversammlung.
 Tagesordnung:
Warum beteiligen wir uns an den Gemeindevertreterwahlen?
 Referent: Genosse Haushälter.
 Freie Diskussion für jedermann. Entree 10 Pf.
 Die Einwohnerzahl von Theissen und Umgegend wird um
 zahlreiche Erweisein erucht. Der Einborufer.

Sozialdemokr. Verein, Zipsendorf.
 Sonntag den 20. Februar 1910, abends 8 Uhr bei Bauncks
Mitglieder - Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Diskussion über die preussische Wahlrechtsfrage.
 2. Auffstellung der Kandidaten zur Gemeindevertreter-Wahl.
 3. Berichtendes.
 Alle weiblichen und männlichen Mitglieder haben pünktlich zu er-
 scheinen. Der Vorstand.

**Konsumverein Bortwärts, Schtenditz
 und Umgegend. G. G. m. b. S.**
 Mittwoch den 23. Februar 1910, abends 8 Uhr, im „Eindendel“
Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Geschäftsbericht. — 2. Kohlenfrage. — 3. Berichtendes.
 Zutritt haben nur Mitglieder.
 Der Vorstand: Konrad Müller, Paul Günter, Max Schulze.

Achtung! Bischofode Achtung!
 Sonntag den 20. Februar, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung“:
Tanzfränzchen.
 Ladet alle Genossen freundlichst ein S. Köhler.

Mehrere Hundert
 gutschitzende
Korsetts u. Untertaillen
 letztere reich gestickt, in allen Weiten,
 besonders für
Konfirmantinnen
 darunter einzelne teure Muster,
 die durchs Dekorieren angestäubt
 sind.
Ab Sonnabend u. Sonntag
 jedes Stück **75 Pf.**
Hönicke,
 am Leipziger Turm.
 Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Arb.-Radf.-Verein Halle u. Umg.
 (Vund Solidarität.)
 Dienstag den 22. Februar abends 8 1/2 Uhr
 bei Streicher, „Drei Könige“
Versammlung.
 Die Tagesordnung wird in der Versamm-
 lung bekanntgegeben.
 Wachen gleichzeitig auf das **KRÄNZCHEN** der Wt. Dörlau
 am Sonntag den 20. Februar in „Anolds Gütte“ aufmerksam.
 Der Vorstand.

Zeitz. Zeitz.
Arbeiter-Gesang-Verein Konkordia-Waldhorn.
 (Mitglied des deutschen Arbeiter-Sängerbundes.)
 Sonntag den 20. Februar 1910 im Saale
 des „Preussischen Hofes“:
**Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert
 mit BALL.**
 Dazu sind nochmals eingeladen alle unsere Freunde und Ge-
 nossen, doch hat nur der Eingeladene Zutritt.
 Anfang pünktlich 8 Uhr. Der Vorstand.
 Die organisierten Kollegen und Genossen wollen sich event. durch
 ihre Mitgliedsbücher legitimieren.

Verein für naturgemässe Gesundheitspflege Zeitz,
 e. V.
 Zu unserem am Sonnabend den 19. Febr., abds. 8 Uhr, in
 der **Zentralhalle** stattfindenden
Stiftungsball
 sind hierdurch alle Mitglieder und bisher Eingeladenen herzlich
 eingeladen. — Ende 8 Uhr.
 Der Vorstand.


Das Gemüse
 schmeckt köstlich bei Verwendung der
 beliebten Delikatess-Margarine-Marken
Siegerin
 oder
Mohra
 die in Geschmack, Aroma und Verdaulich-
 keit feinsten Molkeerbitzer gleichkommen.
 Überall erhältlich!
 Alleinige Fabrikanten:
A. L. MOHR G. m. b. H.
ALTONA - BAHRENFELD.